

## Prüfprotokoll und Beihilfevermerk

zur Sicherstellung der Einhaltung der einschlägigen beihilferechtlichen Bestimmungen  
i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV  
i.V.m. den De-minimis-Regeln –  
Verordnungen (EU) Nr. 1407/2013 und Nr. 360/2012  
sowie der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung –  
Verordnung (EU) Nr. 651/2014

im Projekt

**ABH026**

**Fachservice für und mit Gemeinden für  
gemeinschaftliche Wohnformen**

Die Beihilfeprüfung für das oben genannte Vorhaben erfolgt nur bei den EU-Projektpartnern, denen eine Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Aussicht gestellt wird. Grundsätzlich nicht geprüft werden an dem Vorhaben beteiligte assoziierte Projektpartner sowie potentielle Projektpartner aus der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, da diese keine finanzielle Förderung aus dem EFRE erhalten. Für die Angabe der am Vorhaben beteiligten Partner ist der Projektantrag (im Jems) maßgeblich.

I. Basisdaten	
<b>Projektnummer</b>	ABH026
<b>Projekttitel</b>	Fachservice gemWoFo
<b>EU-Projektpartner</b>	
Projektpartner 1	Weiterwohnen - Plattform für Miteinander Leben und Wohnen
Projektpartner 2	Regionalstelle des Forum Gemeinschaftlichen Wohnen e.V.

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?		
1. Prüfung des Geltungsbereichs	Ja	Nein
Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner liegen im geografischen Geltungsbereich des Art. 107 AEUV (die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein sind außerhalb dieses Bereiches und unterliegen keiner Beihilfenprüfung).	<b>X</b>	
Zwischenergebnis (eine zu prüfende Beihilferelevanz läge nur bei den EU-Projektpartnern vor, die im Geltungsbereich des Art. 107 AEUV liegen)		
Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner liegen im (1.) Geltungsbereich des Art. 107 AEUV und werden somit im folgenden Schritt einer (2.) Prüfung der Tatbestandmerkmale unterzogen.		

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?		
2. Prüfung der Tatbestandsmerkmale	Ja	Nein
(a) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner bieten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten Güter oder Dienstleistungen auf einen bestimmten Markt an und sind somit <b>wirtschaftlich tätig</b> .		<b>X</b>
(b) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner erhielten durch die <b>Begünstigung</b> einen wirtschaftlichen Vorteil dem keine angemessene <b>marktgerechte Gegenleistung</b> gegenübersteht und die sie unter normalen Marktbedingungen nicht bekämen.		<b>X</b>
(c) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner bieten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine <b>allgemeinen Maßnahmen</b> an, sondern <b>begünstigen selektiv</b> nur bestimmte Unternehmen oder Wirtschaftszweige.		<b>X</b>
(d) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner erhielten durch die Begünstigung einen finanziellen Vorteil, der potentiell zu einer <b>Verfälschung des Wettbewerbs</b> führt.		<b>X</b>
(e) Durch die Begünstigung der am Vorhaben beteiligten Projektpartner droht eine <b>Beeinträchtigung im zwischenstaatlichen Handel</b> .		<b>X</b>
Endergebnis (eine Beihilferelevanz läge nur bei den Projektpartnern vor, bei denen alle Tatbestandsmerkmale – (a) bis (e) – kumulativ erfüllt sind)		
Nach Prüfung der (2.) Tatbestandsmerkmale liegt bei den am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartnern gesamthaft <b>keine Beihilferelevanz</b> vor. Auf die Folgeprüfungen der (3.) Ausnahmetatbestände sowie (III.) Rechtfertigungs- und (IV.) Genehmigungsebene wird somit verzichtet. Die Beihilfeprüfung endet an diesem Punkt.		

## Vermerk zur beihilferechtlichen Prüfung

Datum: 26.09.2023  
Az.: RPTSGZ-4305-137  
Bearbeiter/in: Tetzl

### ABH026 – Fachservice gemWoFo

Ziel des Projekts ist, Gemeinden in Vorarlberg, Oberschwaben und im Westallgäu zu befähigen, auf Anfragen von Bauprojekten und Wohngenossenschaftsinitiativen mit den entsprechenden Instrumenten zuzugehen bzw. selbst umzusetzen. Umgekehrt sollen Gruppen der Zivilgesellschaft, die sich für solche Wohnmodelle interessieren, befähigt werden, sich selbst zu organisieren und in ihrer jeweiligen Gemeinde mit den verantwortlichen Gemeindebehörden zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten.

Im räumlichen Geltungsbereich des Artikels 107 AUEV haben die folgenden am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner ihren Sitz: Weiterwohnen - Plattform für Miteinander Leben und Wohnen (PP1) und Regionalstelle des Forum Gemeinschaftlichen Wohnen e.V. (PP2).

Keine der oben genannten Einrichtungen entfaltet im Rahmen ihrer Projektaktivitäten eine wirtschaftliche Tätigkeit, noch bieten sie Waren und/oder Dienstleistungen auf einem bestimmten Markt an. Aufgrund der inhaltlichen Zielrichtung und länderübergreifenden Dimensionierung wirkt das agieren der betroffenen Projektpartner zudem weder wettbewerbsverzerrend noch führt es zu einer Beeinträchtigung im zwischenstaatlichen Handel. Ebenso wenig ist eine selektive Begünstigung im Rahmen einer Förderung anzunehmen.

Eine Beihilfenrelevanz i.S.d. Art. 107 AEUV wird aus den vorgenannten Gründen bei diesen am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartnern nicht gesehen.

gez. Tetzl

SGZ-1 m.d.B.u.K. und Zustimmung